

# **Sitzungsprotokoll Gemeinderat vom 26.07.2022**

## **1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderates. Er stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß bekannt gemacht und geladen wurde; Beschlussfähigkeit ist gegeben. Einwände zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 28.06.2022 wurde dem Gemeinderat mit der letzten Sitzungsladung zugesandt. Einwendungen werden nicht erhoben; damit gilt es als genehmigt.

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Jochen Hart in der Runde als neuen Kämmerer. Herr Hart stellt sich kurz vor und dankt dem Gremium für das Vertrauen, das ihm mit seiner Einstellung entgegengebracht wurde.

## **2. Einmalige Gewährung von Freiplätzen für 50 Jahre aktiven Feuerwehrdienst und temporäre Sondereinlösungsmöglichkeit**

Kämmerer Hart setzt das Gremium über das Schreiben des Bayerischen Gemeindetags vom 05.07.2022 in Kenntnis, wonach die Bitte des Innenministers, MdL Joachim Herrmann, an die Gemeinde herangetragen wird, die Kosten einer Begleitperson von Feuerwehrdienstleistenden, die 50 Jahre aktiven Feuerwehrdienst geleistet haben und dafür einen vom Freistaat Bayern finanzierten Aufenthalt im Feuerwehrerholungsheim Bayerisch Gmain ersetzt bekommen, zu übernehmen. Lt. Hart gibt es derzeit keine Anwärter in den gemeindlichen Feuerwehren, die die Jubiläumszeit erfüllen.

Der GR hat keine Einwendungen und beschließt, die Kosten für den Freiplatz für eine Begleitperson im Feuerwehrerholungsheim nach einer aktiven 50-jährigen Feuerwehrdienstzeit grundsätzlich zu übernehmen.

**einstimmig**

## **3. Energieeinsparmöglichkeiten in der Gemeinde – Information weiteres Vorgehen**

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation auf dem Energiemarkt, insbesondere bei Gas, bleibt es auch der Gemeindeverwaltung als Aufgabe, nach Einsparmöglichkeiten zu suchen, um u.a. dem drohenden Gasmangel im kommenden Winter entgegenzuwirken.

Kämmerer Hart beschreibt die Situation, wonach die Energiekosten explodieren und die verringerte Gaslieferung nach jetzigem Stand zu Engpässen führen wird.

Anhand der Datenerhebung aus dem Energieeffizienznetzwerk der ÜZ über die Energieverbräuche in den gemeindlichen Einrichtungen in den letzten sechs Jahren soll sukzessive jede Abnahmestelle beleuchtet und nach Möglichkeiten der Einsparung gesucht werden.

Neben dem Gasverbrauch wird gleichermaßen auch der Stromverbrauch unter die Lupe genommen.

Es wird jedes Objekt und dessen aktueller Energieverbrauch geprüft, insbesondere in welchen Bereichen (Energiesysteme, Gebäude, Stromnutzung) Einfluss genommen werden kann, unter Beachtung gesetzlicher und tragbarer Vorgaben. Gegebenenfalls kann es, mit Absprache der Verantwortlichen, zu Reduzierungen der Energieleistungen kommen, wobei auch zu beachten bleibt, ob es sich um sogenannte Pflicht- oder freiwillige

Aufgaben handelt. Die von der Verwaltung erarbeiteten Vorschläge werden im Bau- und Umweltausschuss zur Beratung vorgestellt und sollen endgültig im Gemeinderat beschlossen werden. Bis zum Beginn der Heizperiode soll die Maßnahme abgeschlossen sein. Vorschläge aus dem Gremium werden aber auch schon vorher entgegengenommen. Der GR erhält auf Wunsch die Liste der Objekte.

Hart lässt nicht unerwähnt, dass bereits in der Vergangenheit konkrete Schritte zur Einsparung getan wurden, um den Strom- und Gasverbrauch zu drosseln, wie bspw. die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED.

GR Meidl bittet, auch an die Bürger über einen Artikel in den BN einen Appell zum Sparen zu richten.

GRin Hochrein bittet um ein sensibles Vorgehen bezüglich Schulen und Kindergärten.

**o.w.B.**

#### **4. Klimaschutz-Anträge (Anlagen)**

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die vorherrschenden heißen Sommertage und verweist auf die Ursache der allgemeinen Klimaveränderungen, die wir in Form der Hitze, von Wassermangel, Brandgefahr, gesundheitlichen Problemen u.m. derzeit erleben. Er sieht die Gemeinde als Impulsgeber mit Vorbildcharakter, die ihr Handeln entsprechend ausrichten muss, um im kommunalen Bereich wie auch gemeinsam mit dem Bürger dem entgegenzuwirken.

Die Anträge zu a) bis c) wurden den Mitgliedern des Gemeinderats mit der Sitzungsladung zugestellt und liegen der Niederschrift als Anlagen 1 – 3 bei.

##### **a) Antrag Bündnis90/Die Grünen vom 27.05.2022: Förderung Photovoltaik/Batteriespeicher mit Beschlussvorschlag**

Der Antrag von Bündnis90/Die Grünen ist dem GR im Wortlaut bekannt, so GR Pfeifroth. Er fordert, den Beschluss des GR vom 22.06.2021 hinsichtlich der Deckelung auf 10.000 € pro Jahr aufzuheben und allen Antragstellern eine Förderung zukommen zu lassen.

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf den GR-Beschluss vom 22.06.2021, wonach ein Förderprogramm für PV-Anlagen bzw. Batteriespeicher für den Förderzeitraum 2021 bis einschließlich 2023 aufgelegt und die Festsetzungen dazu in der Förderrichtlinie Photovoltaikanlagen und Batteriespeicher vom 30.06.2021 festgehalten wurden. Im Haushalt sind jeweils 10.000 € jährlich bereitgestellt worden.

Kämmerer Hart informiert über den aktuellen Stand der Inanspruchnahme der Förderung. So sind durch die Anmeldung der Photovoltaikanlagen zum Stand 26.07.2022 bereits 7.050 € vom Jahresbudget ausgeschöpft. Bei maximaler Einzelförderung (750 €) wären in 2022 noch 4 Anträge zu befriedigen, wobei zu beachten bleibt, dass die Förderung erst zur Auszahlung kommt, wenn der Nachweis der Inbetriebnahme der Anlage erbracht ist.

In Bezug auf den vorliegenden Antrag von Gemeinderat Pfeifroth vom 27.05.2022 schlägt die Verwaltung vor, das noch bis 31.12.2023 laufende und mit insgesamt 30.000 € bediente

Förderprogramm aktuell nicht zu ändern und die Thematik im Rahmen der nächstjährigen Haushaltsvorberatung zu behandeln und einen entsprechenden Beschluss zur Weiterführung zu fassen.

GR Michael Eusemann erkundigt sich, ob die Verwaltung beauftragt werden kann, über den Haushaltsansatz hinaus 10.000 € mehr für das Förderprogramm Photovoltaik/Batterie-speicher bereitzustellen.

Kämmerer Hart verweist auf den Haushaltsansatz für Klimaschutzmaßnahmen in Höhe von 10.000 € und schlägt vor, diesen umzuwidmen und für eine Förderausweitung zu Gunsten Photovoltaik/Batteriespeicher zu nutzen.

Das Gremium schließt sich diesem Vorschlag an. Die im Haushalt für Klimaschutzmaßnahmen vorgesehenen Mittel in Höhe von 10.000 € werden umgewidmet zur Förderung für Photovoltaik und Batteriespeicher.

**einstimmig**

### **b) Antrag SPD: Förderung von Flachdachbegrünung zur innerörtlichen Temperaturregelung – weiteres Vorgehen**

GR Meidl erläutert ausführlich die Intention des Antrags der SPD, der einen Anreiz setzen soll. Er lässt dabei aber die Höhe der Förderpauschale und die Mindestfläche einer Flachdachbegrünung zur Diskussion offen und schlägt eine Zurückstellung des Antrags mit Beratung im Bau- und Umweltausschuss vor.

GR Michael Eusemann sieht die Förderung kritisch, da sich die Kontrolle über die Ausführung der Maßnahme für die Verwaltung als schwierig erweist. Er spricht sich dafür aus, sich bei den Fördermaßnahmen nicht zu verzetteln, sondern sich lieber auf wenig zu konzentrieren, wie z. B. die Förderung der Photovoltaik.

GR Pfeifroth stellt fest, dass alle Maßnahmen notwendig sind, um die Hitze zu reduzieren.

GRin Zahl zeigt sich enttäuscht, dass im Rahmen der Festsetzungen zum Bebauungsplan „Die Wad 3“ keine Verpflichtung zur Dachbegrünung wie bspw. im Jahnpark teilweise ausgesprochen wurde.

GRin Göbel erkennt die Notwendigkeit für entsprechende Maßnahmen, fordert jedoch auch ein eigenverantwortliches Handeln der Bürger ein, da der Gemeinde Grenzen zur Mitfinanzierung gesetzt sind.

Es schließt sich eine Diskussion an, welche Maßnahmen für eine Förderung in Betracht kommen und was weniger Sinn macht. Die Diskussion und Beratung wird im Bau- und Umweltausschuss weitergeführt.

**12 : 6**

### **c) Vorschlag Verwaltung: Förderung von „Klimabäumen“ auf privaten Flächen – weiteres Vorgehen**

Der Vorsitzende begründet seinen o.g. Antrag, der der Klimaerwärmung entgegengesetzt werden soll, durch CO<sub>2</sub>-Bindung und zur Absenkung der nächtlichen Temperaturen im bebauten Bereich.

Die vorgeschlagene Förderung beinhaltet zum einen die Beratung bei der Auswahl von geeigneten Pflanzstandorten durch den Bauhofleiter, die Unterstützung bei der fach-

männischen Pflanzung des Baumes und die Übernahme von Kosten in Höhe von max. 150 € für jeden gepflanzten Baum. Es sollen zunächst Erfahrungen mit dem Vorhaben gesammelt werden, um später über eine Weiterführung der Maßnahme zu entscheiden.

Die Idee wird für gutgeheißen, jedoch hinterfragt der GR die Maßnahme, insbesondere den Aufwand für den Bauhof, der bereits jetzt schon gut ausgelastet ist. Lt. Vorsitzenden wird der Aufwand für den Bauhof je Baum auf drei Arbeitsstunden geschätzt, die Unterstützung ist nach seiner Aussage leistbar.

GRin Zahl findet die Idee gut und schlägt vor, auch Bürgern, die keinen eigenen Garten haben, die Möglichkeit zum Pflanzen eines Baumes über eine Patenschaft zu geben.

GR Meidl schlägt vor, den Obst- und Gartenbauverein bzw. die Eigenheimer-Vereinigung für die Maßnahme zu gewinnen, die evtl. entlastend tätig werden können.

Um den großen Zeitaufwand für Einzelgespräche zu minimieren, spricht sich GR Michael Eusemann dafür aus, erst das Interesse über eine Informationsveranstaltung zu sammeln und gleichzeitig zu beraten.

Weitere Punkte werden beraten.

Nach Abschluss der Diskussion fasst der GR den Grundsatzbeschluss, die Fördermaßnahme zunächst für das Jahr 2023 anzugehen und mit 5.000 € auszustatten, beginnend am Jahresanfang 2023. Erfahrungen werden über den Zeitraum gesammelt, um dann weitere Entscheidungen über die Fortführung der Fördermaßnahme treffen zu können.

**einstimmig**

## **5. Antrag Schachclub 1947 Bergheinfeld e.V. auf Förderung Schachveranstaltung anlässlich der Kulturwoche**

Im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des 75. Vereinsjubiläums hat der Schachclub eine öffentliche Simultanveranstaltung mit Schachgroßmeister Michael Prusikin am 26.07.2022 während der Kulturwoche durchgeführt. Die Verpflichtung des Schachgroßmeisters war mit erheblichen Kosten in Höhe von 1.400,00 € verbunden.

Mit Schreiben vom 01.07.2022 wendet sich der Schachclub 1947 Bergheinfeld e.V. an die Gemeinde und bittet um einen Kostenzuschuss.

Bei Vereisanträgen gibt die Gemeinde grundsätzlich einen Zuschuss in Höhe von 15 % der nachgewiesenen Kosten. In Anlehnung an diese Vorgabe schlägt die Verwaltung vor, die Maßnahme mit einem Betrag in Höhe von 210,00 € zu bezuschussen.

GR Rösch stellt die Frage in den Raum, warum der Zuschussantrag nicht vor der Veranstaltung gestellt wurde.

Der Gemeinderat beschließt, die Simultanveranstaltung mit dem Schachgroßmeister mit einem Betrag in Höhe von 210,00 € zu bezuschussen.

**einstimmig**

## **6. Information: Änderung Öffnungszeiten Rathaus**

Die Verwaltung hat Erfahrungen aus der Pandemiezeit in einen Vorschlag zur Änderung der Öffnungszeiten des Rathauses einfließen lassen, die GL Grob erläutert. Gemäß dem Vorschlag der Verwaltung sollen die Öffnungszeiten an den Vormittagen von Montag bis Freitag von 08.00 bis 12.00 Uhr wie bisher bestehen bleiben. Montag- und Dienstagnachmittag soll in

Zukunft der Terminabsprache vorbehalten sein und am Donnerstagnachmittag soll die Verwaltung von 14.00 bis 17.30 Uhr für den Besucherverkehr offen sein.  
Die Vorteile für die Änderung dienen zur Kenntnis. Der Personalrat ist einverstanden.  
Der GR hat keine Einwendungen. Es erfolgt eine entsprechende Information für die Bürger über die Berger Nachrichten.

**o.w.B**

## **7. Zwischenbericht Kommunale Verkehrsüberwachung**

Der Punkt muss von der TO gestrichen werden, da auf Grund von Krankheit die Vorarbeiten nicht erledigt werden konnten.

GR Seuffert informiert, dass die Standorte der Messstellen zwischenzeitlich bekannt sind, sie sollten verändert werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Standorte in Absprache mit der Polizei festgelegt wurden. Eine Änderung wird geprüft.

**o.w.B.**

## **8. Baugesuche**

### **a) Erweiterung der Balkone eines bestehenden Wohnhauses mit Errichtung einer Überdachung und einer Wendeltreppe, sowie Neubau eines Gartenschuppens auf Flurstück 458/1, Schleifweg 78**

Der Bauherr beantragt, am bestehenden Wohnhaus auf Flurstück 458/1, Schleifweg 78, die Balkone zu erweitern und eine Überdachung und eine Wendeltreppe zu errichten. Zudem soll das bestehende Nebengebäude um einen Gartenschuppen erweitert werden.

Da der Geräteschuppen als Anbau an einem bestehenden Nebengebäude vollständig außerhalb der Baugrenze liegt, beantragt der Bauherr Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans hinsichtlich der Überschreitung der Baugrenze und begründet seinen Antrag. Sachbearbeiter Müller erläutert den Antrag am Plan.

Die Nachbarunterschriften liegen, trotz großer Bemühungen des Bauherrn, nicht vollständig vor. Zwei der fünf Eigentümer des Mehrfamilienwohnhauses auf Flurstück 457/1 konnten nicht angetroffen oder erreicht werden, trotz mehrmaliger Versuche. Für dieses Flurstück sind jedoch durch das Bauvorhaben keine negativen Auswirkungen zu erwarten.

Mit dem Antrag auf Baugenehmigung zur Erweiterung der Balkone eines bestehenden Wohnhauses mit Errichtung einer Überdachung und einer Wendeltreppe auf Flurstück 458/1, Schleifweg 78, besteht Einverständnis, der Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans wird zugestimmt. Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt.

**einstimmig**

GR Rösch ist als Bauherr nach Artikel 49 der GO persönlich beteiligt und hat an Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

### **b) Neubau von sechs Dachgauben auf Flurstück 369, Rothmühlstraße 9**

Der Bauherr stellt einen Antrag auf Genehmigung zur Errichtung von sechs Dachgauben auf dem bestehenden Wohnhaus, Flurstück 369, Rothmühlstraße 9.

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des Gesamtbebauungsplan. Die Festsetzungen werden vollständig eingehalten. Die Nachbarunterschriften liegen vollständig vor. Lt. Sachbearbeiter Müller liegt keine Grundrissplanung vor, im Dach sind zwei Wohnungen vorhanden.

Der GR hinterfragt die Anzahl der Wohnungen bzw. Zimmer im Dachgeschoss und stellt den Feuerschutz in Frage. Lt. GR Rösch werden lt. Homepage nur Zimmer zur Vermietung angeboten. Er kann dem Antrag so nicht zustimmen.

GR Michael Eusemann stellt fest, dass aus städtebaulichen Gründen grundsätzlich eine Ablehnung des Vorhabens zur Errichtung der Dachgauben nicht möglich ist. Sachbearbeiter Müller stimmt zu und schlägt vor, das LRA zu bitten, die Nutzung des Dachgeschosses zu prüfen.

Mit dem Antrag auf Baugenehmigung zum Neubau von sechs Dachgauben auf Flurstück 369, Rothmühlstraße 9, besteht Einverständnis. Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt. Das LRA wird gebeten, die Nutzung im DG zu prüfen.

**16 : 2**

## **9. Anfragen und Informationen**

a) Bekanntgabe der Beschlüsse aus der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung

Die Vergabebeschlüsse aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung werden bekanntgegeben:

aa) Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, den Auftrag für die Schreinerarbeiten für den Einbau der Ventilatoren in der Grund- und Mittelschule Berggrheinfeld an die Firma Hochrein und Hantschel GmbH, 97493 Berggrheinfeld, zum Angebotspreis von 24.547,79 € brutto zu vergeben.

ab) Der Gemeinderat Berggrheinfeld hat einstimmig den Auftrag für die Elektroanschlussarbeiten zum Einbau der Ventilatoren in der Grund- und Mittelschule Berggrheinfeld an die Firma Schneider, 97537 Wipfeld, zum Preis von 9.062,17 € brutto vergeben.

ac) Der Gemeinderat hat die Auftragsvergabe für die Lieferung von 27 Axial-Ventilatoren mit Regelrafo und Wetterschutzgitter an die Fa. Inotec, 48619 Heek, zum Angebotspreis von 32.290,65 € brutto nachträglich einstimmig genehmigt.

ad) Der GR hat die Fa. Rumpel & Co. GmbH, 97421 Opferbaum, mit dem Austausch der Dachfenster in der Julius-Echter-Grundschule zum Preis von 30.415,92 € einstimmig beauftragt.

b) Zum Thema „Windvorranggebiet“ Garstadt/Waigolshausen erläutert der Vorsitzende den Sachstand. Der Vorsitzende zeigt das Gebiet am Plan. Durch das sogenannten „Osterpaket“ der Bundesregierung ergab sich eine Brisanz auf Grund der gesetzlichen Änderung, wonach die 10-h-Regelung in Bayern aufgeweicht und die Windkraftnutzung ab sofort möglich sein wird. Demzufolge sind bereits Investoren unterwegs, um Pacht-Vorverträge mit den Eigentümern abzuschließen.

Am 20.07.2022 hat ein Gespräch mit dem regionalen Windkümmerer, Herrn Pfeiffer, stattgefunden, der wichtige Hinweise zum Vorgehen gegeben hat.

Er hält es für sinnvoll, dass sich die Gemeinde einbringt, um die Nutzung und Wertschöpfung in Form eines Flächenpoolings mit dem Ziel einer Bürgerbeteiligung von Anfang an mitzubestimmen.

Der Vorsitzende greift die Vorschläge des Windkümmerers auf und kündigt eine Informationsveranstaltung für den Gemeinderat Bergrheinfeld - und wenn gewünscht auch für Waigolshausen/Hergolshausen - für Ende September an. Darin wird die Gesetzeslage und die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung erörtert. Für Garstadt werden rund 2 - 3 Windräder möglich sein, für Hergolshausen 3 - 4.

Über die BN soll der Hinweis an die Grundstückseigentümer gegeben werden, dass die Bildung einer Pachtgemeinschaft mit der Möglichkeit einer breiten Bürgerbeteiligung gewünscht wird; die Gemeinde wird demzufolge appellieren, keine Vorverträge abzuschließen. Des Weiteren muss die Gemeinde für sich selbst überlegen, ob sie sich an der Stromerzeugung beteiligen möchte.

Eine Informationsveranstaltung soll für die Flächeninhaber folgen, mit dem Ziel eine Flächengemeinschaft zu gründen, die alle weiteren Fragen bis zur Beauftragung eines Investors klärt. Der Windkümmerer begleitet das Verfahren.

Der Vorschlag des Vorsitzenden findet die Unterstützung aus dem Gremium, wo man die Meinung vertritt, dass die Förderung der Windkraft nur mit der Akzeptanz der Bevölkerung einhergehen kann. Der aufgezeigte Weg wird für richtig befunden.

GR Pfeifroth informiert, dass seine Fraktion bereits eine Informationsveranstaltung für alle Bürger mit Udo Rumpel aus Schraudenbach, der beratend zur Seite steht, für den 29.09.2022 anvisiert hat.

Der Vorschlag stößt auf Unverständnis im Gremium, da man einen neutralen Ansatz in der fachlichen Begleitung für zielführend hält.

Der Vorsitzende bestätigt, dass die Verwaltung unter Wahrung der Neutralität gehandelt hat und bittet, im Zusammenschluss aller Fraktionen das anvisierte Ziel zu verfolgen.

c) GR Klaus Eusemann zeigt sich enttäuscht, dass weder die Gemeinde noch der Bauernverband in die Planungen zur Sperrung der Mainbrücke Grafenrheinfeld/Bergrheinfeld von Anfang an einbezogen wurden. Er bemängelt die Art der Vorgehensweise, zumal Bergrheinfelder Bauern auf der gegenüberliegenden Mainseite Äcker haben und aktuell

Erntezeit ist. Es ist für ihn nicht nachvollziehbar, dass nicht einmal eine Infotafel auf die Brückensperrung rechtzeitig hingewiesen hat.

d) GR Rösch gibt bekannt, dass es am 03.09.2022, ab 17.00 Uhr eine Lange Nacht der Feuerwehr im Bauhof geben wird mit entsprechender Verpflegung. Es besteht für alle Interessierten Gelegenheit, sich dort umzuschauen.

e) Kämmerer Hart gibt bekannt, dass die vom GR im Rahmen der Haushaltsberatung beschlossene Gehwegsanierung in der Dorfstraße in Garstadt in den nächsten 6 – 8 Wochen durchgeführt wird. Der Umfang der Maßnahme wird am Plan erläutert, die Kosten dienen dem GR zur Kenntnis, sie belaufen sich auf 20.724 €.

f) GRin Göbel erkundigt sich nach dem abgemeldeten Feuerwehrfahrzeug, das auf dem Bauhofgelände steht. Der Vorsitzende informiert, dass es verkauft wird.